

Unterstützung für zivilgesellschaftliche Akteure vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Schäden durch COVID-19 (Coronavirus)

Angesichts der COVID-19-Pandemie sind Jugendbildungsstätten, Jugendverbände und Einrichtungen der Jugendarbeit gezwungen, erste Veranstaltungen abzusagen. Es ist absehbar, dass sich die Absagen in den nächsten Wochen häufen werden. Einzelpersonen, Schulen, Vereine und andere Kooperationspartner*innen haben für die nächsten Wochen ihre Teilnahme an Maßnahmen von Jugendverbänden und Jugendbildungsstätten bereits abgesagt. Seminare und Freizeiten, Fortbildungen und Internationale Begegnungsmaßnahmen müssen ausfallen.

Für die Vereine, Verbände und Jugendbildungsstätten bedeuten dies enorme wirtschaftliche Verluste. Auch wenn einige Zuwendungsgeber ein Entgegenkommen signalisiert haben, bleibt auf Seiten der zivilgesellschaftlichen Träger ein finanzieller Verlust, der von den Vereinen selbst nicht aufgefangen werden kann.

Der Landesjugendring Brandenburg e.V. fordert die Landesregierung auf, zivilgesellschaftliche Akteure zu unterstützen und existenzbedrohenden Schaden von Trägern und Einrichtungen abzuwenden. Ihre wichtige Arbeit für Gesellschaft und Demokratie darf nicht gefährdet werden!

- Zunächst fordert der Landesjugendring Brandenburg e.V. einen Notfallfonds für die Träger, die nun kurzfristig Maßnahmen stornieren müssen.
- Wir fordern eine klare Aussage und ggf. eine behördliche Anweisung zur Absage von Veranstaltungen. Nur so kann die Dimension „höhere Gewalt“ in Kraft treten, womit Stornokosten usw. nicht gezahlt werden müssen.
- Längerfristig braucht es ein durchdachtes Maßnahmenpaket zur Abmilderung der wirtschaftlichen Folgen von COVID-19 für zivilgesellschaftliche Akteur*innen. Land und Kommunen sind gefordert, die bestehenden Möglichkeiten des Haushaltsrechts auszuschöpfen und ihre Förderregularien anzupassen, damit öffentlich geförderte Jugend- und Bildungseinrichtungen nicht in ihrer Existenz gefährdet werden.